

Frankreichs zornige Jugend

Zwischen „précarité“ und Privilegien

Medard Ritzenhofen*

» Die massiven Proteste der Studenten und Gymnasiasten gegen den „Contrat première embauche“ (CPE) verdeutlichen zwei tiefe strukturelle Bruchstellen der französischen Gesellschaft: Generationskonflikt und Bildungskrise auf der einen, mangelnder Dialog zwischen Politik und Sozialpartnern auf der anderen Seite.

Und wieder sagt Frankreich Non. Der Widerstand, der in früheren Zeiten das moralisch exklusive Privileg einer Minderheit oder, wie im Falle des Generals de Gaulle am 18. Juni 1940, eines Einzelnen war, wird zur politischen Mode. Am 29. Mai 2005 lehnte eine Mehrheit der Franzosen den Europäischen Verfassungsvertrag ab, um eine angeblich wirtschaftsliberale Verfassung Europas zu verhindern. Jetzt protestiert Frankreichs Jugend gegen einen neuen Einstellungsvertrag für Berufseinsteiger und wehrt sich damit gegen eine stärkere Deregulierung des Arbeitsmarktes. Ist Frankreich der letzte europäische Dinosaurier, der sich mit den Mitteln des Klassenkampfes gegen die globale Modernisierung stemmt? Zumindest scheint die fabelhafte Welt des „modèle français“ den nostalgischen Reiz des überschaubaren Glücks einer Amélie Poulain auszuüben.

So fühlt man sich einmal mehr an Raymond Arons Bemerkung erinnert, laut der Frankreich hin und wieder eine Revolution mache, niemals aber eine Reform. Auch wenn dieses Aperçu einer Prüfung im Detail kaum standhält, ist es nicht völlig aus der Luft gegriffen. Tut sich Frankreich doch besonders schwer, den veränderten Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen in der globalisierten Welt sozialpolitisch Rechnung zu tragen. „Aucun autre peuple européen ne se bat contre le nouveau monde avec pareille opiniâtreté“, konsta-

tiert Alain Duhamel stellvertretend für eine ganze Riege besorgter Kommentatoren. Mit dem so genannten „déclinisme“ hat sich die Kritik an dem französischen Reformunwillen und einem sakrosankten Immobilismus bereits als florierendes Genre bei den Sachbüchern etabliert: „La société de la peur“ (Christophe Lambert, Plon), „Les illusions gauloises“ (Pierre Lellouche, Grasset), „Le malheur français“ (Jacques Julliard, Flammarion) – die Titel der in den letzten Monaten erschienenen Bestandsaufnahmen sprechen für sich. Sie bestätigen die Analyse von Nicolas Baverez, dem intellektuellen Kopf eines liberalen Skeptizismus, dessen Buch „La France qui tombe“ (Perrin) 2003 Furore machte, und finden ihren vorläufigen Höhepunkt in Franz-Olivier Giesberts Abrechnung mit der Ära Chirac „La tragédie du président“ (Flammarion). Wobei dieses im März erschienene und bereits 150 000 Mal verkaufte politische Requiem mehr noch als seine Titelfigur den Defätismus einer „France coupable“ ins Visier nimmt: „Frankreich ist unregierbar. Das Land will keine Reformen.“

Doch ist eine Gesellschaft, die es sich nicht nehmen lässt, regelmäßig auf der Straße gegen die Politik mobil zu machen, tatsächlich so blockiert? Vor schnellen Schlussfolgerungen und scheinbar evidenten Faziten sei gewarnt. Denn wenn „französische Zustände“ eine Konstante aufweisen, dann

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

liegt diese in deren Ambiguität. So gab Frankreich, bevor es die Europäische Verfassung zu Fall brachte, ein Beispiel in europäischer Debattenkultur.

Obwohl sich der neue Ersteinstillungsvertrag „Contrat première embauche“ (CPE) nicht in erster Linie an die akademische Jugend richtet, ist sie es, die an vorderster Front protestiert. Premierminister Dominique de Villepin, der sich bisher als sozialer Gaullist gerierte, erscheint plötzlich als ultraliberaler Reformier. Hingegen tritt sein innerparteilicher Widersacher Nicolas Sarkozy, dem man zutraute, das angelsächsische Modell in Frankreich einzuführen, mit einem Mal als Anwalt einer „France plus juste“ auf. Jenseits solcher Ambivalenzen dürften zwei Einsichten unabweisbar sein: Der Streit um die Lockerung des Kündigungsschutzes für Berufsanfänger ist eine ebenso heikle wie entscheidende Etappe auf der arbeitsmarktpolitischen Tour de force. Und ihr Ausgang wird Weichen stellen für das Wahljahr 2007.

Jugend ohne Job: viele Maßnahmen, kaum Erfolge

Wer den Ersteinstillungsvertrag CPE kritisiert, muss zunächst über Massenarbeitslosigkeit reden. Sie ist seit 30 Jahren die wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung, an der alle Regierungen als erstes gemessen werden. Wenn sich Frankreich in dieser Hinsicht nicht von anderen postindustriellen Gesellschaften unterscheidet, so fällt „le chômage des jeunes“ (bis 25 Jahre) ins Auge. Frankreichs Jugendarbeitslosigkeit liegt mit 22,8 Prozent über dem westeuropäischen Durchschnitt. In Deutschland und Großbritannien beträgt sie 15 Prozent, in den Niederlanden nur 8 Prozent.

Als 1977 die Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich auf 11,6 Prozent stieg, eröffnete der damalige Premierminister Raymond Barre mit seinem „Pacte pour l'emploi des jeunes“ den langen Reigen beschäftigungspolitischer Pläne. Seitdem hat es keine Regierung versäumt, mit neuen Initiativen gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen. Heute gibt es ein gutes Dutzend Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche, Langzeitar-

beitslose, unqualifizierte Arbeiter, Bezieher von Mindesteinkommen. Ungefähr eine Million Personen profitieren von diesen Hilfsprogrammen. Trotzdem konnte die Jugendarbeitslosigkeit nicht eingedämmt werden. Lediglich die von der Linksrregierung unter Lionel Jospin 1997 eingeführten „Emploi-jeunes“ verbuchten einen gewissen Erfolg. 280 000 Stellen wurden für Jugendliche vor allem im öffentlichen Sektor, im Verbands- und Vereinswesen geschaffen. Da diese Arbeitsplätze aber auf eine Laufzeit von fünf Jahren begrenzt waren und es sich in der Mehrzahl um Aushilfsjobs handelte, die selten der Qualifizierung für einen regulären Arbeitsplatz dienten, erzielten auch die „Emploi-jeunes“ keinen nachhaltigen Effekt auf dem Arbeitsmarkt. Wegen ihrer hohen Kosten für die öffentliche Hand wurden sie von der folgenden rechtsbürgerlichen Regierung unter Jean-Pierre Raffarin drastisch abgebaut.

Dominique de Villepin, der nach dem abschlägigen Referendum zum Europäischen Verfassungsvertrag Raffarin als Premierminister überlebte, widmete mehr als die Hälfte seiner ersten Regierungserklärung der Beschäftigungspolitik. Dass er die „Schlacht für Arbeitsplätze“ gewinnen werde, unterstrich Villepin nachdrücklich. Wörtlich sagte er, „es gibt zu viele Träume, die zerbrechen“. Der Dichter und Diplomat beließ es nicht bei schönen Worten. Er nutzte die politikferne Sommerpause, um über den Verordnungsweg zum 1. September mit dem „Contrat nouvelle embauche“ (CNE) eine erste Beschäftigungsinitiative zu erlassen. Diese erlaubt Patrons von Unternehmen bis zu 20 Mitarbeitern Arbeitsverträge während der ersten zwei Jahre ohne Angabe von Gründen zu kündigen. Bevor die Gewerkschaften, die in den betroffenen Kleinbetrieben keine Bastion haben, auf diese Lockerung des Kündigungsschutzes reagieren konnten, waren die ersten Arbeitsverträge neuen Typs unterzeichnet. Insgesamt 280 000 sollen es, laut Regierung, im Jahr 2005 gewesen sein. Fast die Hälfte kam Jugendlichen zugute.

Um nicht in den Verdacht eines liberalen Reformers zu geraten, bediente de Villepin gleichzeitig den traditionellen Hang zum Etatismus. Indem er nicht nur das französische Sozialmodell verteidigte, sondern auch einem „ökonomischen

Patriotismus“ das Wort redete, balancierte er mit einem staatstragenden Gaullismus rhetorisch seinen pragmatischen Reformkurs aus. Als Ernte dieser Politik konnte der Premierminister eine wachsende Popularität einfahren, die ihn in die Rolle eines der aussichtsreichsten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2007 wachsen ließ.

CPE (Contrat première embauche)

Die erste unvorhergesehene Bewährungsprobe in Form der extrem gewalttätigen Ausschreitungen in den Banlieues im November bestand die Regierung, indem sie auf die Notstandsverordnung zurückgriff. Die aus der Immigration hervorgegangene Jugend setzte mit ihrer anarchischen Vorstadt-Rebellion dem Image Frankreichs so zu, dass sich der Quai d'Orsay bemüßigt fühlte, bei der internationalen Presse gut Wetter zu machen.

Die intensive Berichterstattung in allen Medien hatte stets darauf hingewiesen, dass die ohnehin hohe Jugendarbeitslosigkeit in den ethnischen Ghettos bei bis zu 50 Prozent liege.

Was lag für den Premierminister da näher, als mit einer Beschäftigungsinitiative für benachteiligte Jugendliche zu reagieren?

Denn das ist der CPE aus Sicht der Regierungschefs in erster Linie: Ein Ersteinstellungsvertrag, mit dem vor allem unqualifizierten Jugendlichen unter 26 Jahren der Schritt ins Berufsleben geëbnet werden soll. Dabei wird dem Arbeitgeber die Einstellung insofern erleichtert, als er das Recht zur Kündigung ohne besondere Gründe innerhalb der ersten zwei Jahre hat. Auf der anderen Seite hat der Jugendliche nicht nur einen Anspruch auf Aus- beziehungsweise Fortbildung, sondern, im Fall der Kündigung, auch auf Arbeitslosenunterstützung ab dem vierten Monat sowie eine Entschädigung von 8 Prozent des Gehalts ab Arbeitsbeginn.

Als Dominique de Villepin am 16. Januar in einer Pressekonferenz den „Vertrag zur ersten Anstellung“ vorstellte, tat er es in der Überzeugung, seinen jungen Landsleuten eine Perspektive zu er-

öffnen: „Je veux que les jeunes sortent de la trappe à précarité pour entrer dans un vrai parcours d'embauche“. Dieser Wunsch verfehlte seine Wirkung vollständig. Denn der CPE schien von Anfang an dazu angetan, die prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse der Jugendlichen juristisch festzuschreiben. Die öffentliche Wahrnehmung fokussierte sich auf die zweijährige Probezeit, in der die Jugendlichen der Arbeitgeberwillkür eines Heuerns und Feuerns ausgesetzt seien. Es ist die Legalisierung einer Kündigung „sans motif“ während voller zwei Jahre, die die Empörung der Jugend entflamte. Dass dieser beschäftigungspolitische Affront zugleich die Einstellungsmoral der Arbeitgeber heben könnte, fiel dabei nicht ins Gewicht. Vielmehr erschien der CPE als ein Instrument, mit dem die Regierung die allgemeine Deregulierung des Arbeitsrechts in Angriff genommen habe. De Villepin selbst leistete diesem Verdacht mit seiner Ankündigung einer „évolution générale des contrats de travail“ Vorschub.

Es wundert somit nicht, dass der CPE den entschiedenen Widerstand der parlamentarischen Linken und der Gewerkschaften auf den Plan rief. Dies um so mehr, als die Sozialisten bislang nicht mit pro-

grammatischer Opposition von sich Reden machten. Während die Parteibarone dank ihrer Quereulen um die Kandidatur 2007 im Gespräch blieben, traten die Arbeitnehmervertreter in letzter Zeit kaum noch in Erscheinung. Bei der Renten- und der Gesundheitsreform unter der Raffarin-Regierung kam Frankreichs Linke so wenig über eine Statistenrolle hinaus wie bei de Villepins erster Deregulierungsinitiative, dem seit acht Monaten in kleinen Unternehmen Anwendung findenden „Contrat nouvelle embauche“ (CNE). Der für alle Betriebe der Privatwirtschaft geltende CPE bot Opposition und Gewerkschaften die lang ersehnte Angriffsfläche. Selbst die konstruktiv-moderate CFDT (Confédération française démocratique du travail), die bislang Reformen mitgetragen hatte, ging auf Konfrontationskurs. Sehen doch sogar unabhängige Beobachter in dem Erst-

**„Im
Ersteinstellungsvertrag
CPE sehen sogar
unabhängige Beobachter
ein effizientes Werkzeug
des Liberalismus.“**

einstellungsvertrag ein effizientes Werkzeug des Liberalismus, mit dem nicht nur das Arbeitsrecht, sondern auch das französische Sozialmodell ausgehebelt werden soll.

Der Generationskonflikt

Während der Widerstand der Linken programmiert war, wirft der massive Protest der Jugend Fragen auf. Dieser kommt nämlich nicht in erster Linie von mangelhaft ausgebildeten Jugendlichen der Banlieues, für die der CPE konzipiert wurde, sondern von Oberschülern und Studenten, wobei deren Gewerkschaften die Speerspitze bilden. Dabei betrifft der Ersteinstellungsvertrag bis 26 Jahre die akademische Jugend nur in begrenztem Maße. Trotzdem ließ es sich die besser gestellte Jugend nicht nehmen, das Angebot der Regierung an ihre minder qualifizierten Altergenossen mit medienwirksamem Elan auszuschlagen. Die Besetzung der Sorbonne erwies sich dabei als probates Mittel, rief sie doch bei vielen Kommentatoren und Kolumnisten die Erinnerung an 1968 wach. Dies umso mehr, als die ehrwürdige Pariser Universität drei Tage später von schwer bewaffneten Polizisten geräumt wurde, während militante Kräfte auf dem Boulevard Saint-Michel Barrikaden errichteten.

Die von der linken Presse bewusst geschürte Revolutionsstimmung, die in *Libération* eine beredte Parolengeberin fand („le printemps de la Sorbonne“, „Fac off“, „Villemain se barricade“) kann indessen nicht über die grundlegenden Unterschiede zwischen Mai '68 und März '06 hinwegtäuschen: Vor mehr als 40 Jahren probte eine an Vollbeschäftigung gewöhnte Studentenschaft den Ausstieg aus der Wohlstandsgesellschaft. Heute pocht eine mit Arbeitslosenstatistiken groß gewordene Jugend auf den Einstieg ins Erwerbsleben. Kultivierten die 68er alternative Lebensentwürfe, sehnen sich heutige Jugendliche nach der ultimativen Sicherheit einer Beamtenexistenz. Lehnten sich jene gegen den gesellschaftspolitischen Stillstand auf, so treten jene beim kleinsten Reformversuch auf die Bremsen. Die Ironie des im Grunde unzulässigen Vergleichs besteht darin, dass der heutigen Jugend die schon legendäre Re-

bellengeneration von einst zum Problem geworden ist. Denn mit der Nonchalance, mit der die 68er den Übergang vom Revoluzzersein ins Establishment bewältigten, fertigten sie auch für sich maßgeschneiderte Arbeits- und Sozialbedingungen. Dabei häuften sie so viele Schulden an, dass den Folgegenerationen zu Recht Angst und Bange werden kann.

Die Großdemonstration vom 19. März, bei der etwa eine Million Menschen auf die Straße gingen, 50 mehr oder minder blockierte Universitäten sowie Unterrichtsstörungen in rund 500 Gymnasien, der große Streik des öffentlichen Dienstes vom 28. März, all dies immer begleitet von der blinden Zerstörungswut der unvermeidbaren Randalierer („casseurs“), was wiederum martialischen Polizeieinsatz bewirkte: Der Konflikt um den CPE hat Ausmaße angenommen, die in keinem Verhältnis zu seinem reformerischen Gehalt stehen. Die überzogenen Reaktionen auf eine letztlich bescheidene Deregulierung des Arbeitsmarktes verweisen auf zwei tiefe strukturelle Bruchstellen der französischen Gesellschaft: Auf der einen Seite der Generationskonflikt verbunden mit der Bildungskrise, auf der anderen Seite das wechselseitige Misstrauen zwischen Politik und Volk aufgrund eines mangelnden Dialogs.

Innerhalb eines halben Jahres ist die französische Politik von zwei verschiedenen Jugendbewegungen herausgefordert worden. Was jedoch die brachialen Krawalle in den Banlieues mit der sozialpolitischen Mobilisation der Universitäten verbindet, ist der jeweilige Wunsch nach Integration. Die Nachfahren der Arbeitsimmigranten erheben als „Söhne und Töchter der Republik“ (Chirac) die völlig legitime Forderung, nicht länger außerhalb der Gesellschaft zu stehen. Die akademische Jugend protestiert dagegen, beim Verteilungskampf um soziale Sicherheiten als erstes an den Rand gedrängt zu werden. Der CPE wird zum Verbindungsglied zwischen unwirtschaftlichen Vorstädten und attraktiven Universitätsvierteln: Gedacht, die 'précarité' der Banlieue-Jugend zu mildern, wird er als generelle Nivellierung der Arbeitsverhältnisse empfunden: „la précarité pour tous les jeunes“.

Dieser Argwohn nährt sich zuletzt aus dem bitteren Eingeständnis, dass die akademi-

schen Diplome rasant an Wert verloren haben. Frankreichs hochgesteckte bildungspolitische Ziele haben einen kontraproduktiven Elitismus gezeitigt. Wenn jedes Jahr 70 Prozent eines Jahrgangs das Abitur erwerben, ist die Hochschulreife kein Versprechen mehr auf eine goldene Zukunft. Selbst Uniabschlüsse bieten keine Arbeitsplatzgarantie. Am schlimmsten trifft diese „qualifizierte“ Arbeitslosigkeit die relativ hohe Zahl von (Hoch-)Schulabbrechern, die, mangels solider Lehrlingsausbildung, denkbar schlecht auf den Arbeitsmarkt vorbereitet sind. Abhilfe verspräche nur eine nachdrückliche Kursänderung des elitären Erziehungsideals zugunsten einer am Markt orientierten Diversifizierung der Bildung. Die jedoch zeichnet sich momentan nicht ab.

De Villepins Fehler

Nicht zuletzt ist die Anti-CPE-Bewegung eine politische Demonstration und Kraftprobe, die sich der Premierminister selbst zuzuschreiben hat. Wie viele seiner Vorgänger sind nicht schon damit gescheitert, nicht nur gegen den Willen des Volkes, sondern auch unter Umgehung der Sozialpartner Reformen durchzupeitschen? Dass ein historisch so versierter Politiker wie Dominique de Villepin alle diesbezüglichen Erfahrungen ignorierte, ist nicht nachzuvollziehen. Saß der Premierminister dem Glauben auf, sein handstreichartiges Vorgehen beim CNE mit dem CPE erfolgreich wiederholen zu können? Ließ er sich, geblendet von seiner wachsenden Popularität, von der fatalen Annahme leiten, der Starke sei am mächtigsten allein? Was hielt ihn davon ab, seine Reform, wenn schon nicht in einer konzertierten Aktion mit der Opposition, dann doch wenigstens mit Arbeitgebern und Gewerkschaften vorher abzustimmen?

Letztlich münden alle diese Fragen in der Einsicht, dass der ENA-Absolvent de Villepin mit seiner elitären Vorstellung von Politik nicht aus

seiner Haut heraus kann. Wer als Außenminister der einzigen Weltmacht vor der UNO mit einem dezidierten Non zur Beteiligung am Irak-Krieg Paroli geboten hat, tut sich als Premierminister schwer, in langwierige Verhandlungen mit Gewerkschaften einzutreten. Wer so häufig wie dieser elegant-schneidige Regierungschef mit dem Etikett des Husaren belegt wurde, ist leicht geneigt, mit einem weiteren Ritt den Medien Zucker zu geben. Dass selbst regierungskritische Zeitungen diesen bereitwillig annehmen, zeigt der anspielungsreiche Titel von *Libération* am 24. März: „Villepin, le hussard sûr de soi“.

Als Napoleon 1804 den Herzog von Enghien als vermeintliches Haupt einer Verschwörung hinrichten ließ, soll Talleyrand gesagt haben: „C'est plus qu'un crime, c'est une faute.“ Der einschlägig ausgewiesene Napoleon-Bewunderer Dominique de Villepin hat sich mit dem CPE keines Verbrechens gegen die Jugend schuldig gemacht. Umso schwerer wiegen seine Fehler bei der Umsetzung eines Gesetzes, das einer sensiblen PR-Arbeit bedurft hätte. Indem er es versäumte, die Sozialpartner mit ins Boot zu holen und die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer Deregulierung des allzu starren Arbeitsrechtes zu überzeugen, bringt er nicht nur ein Projekt, das die Probe aufs

„C'est plus
qu'un crime,
c'est une faute.“

Exempel verdient hat, sondern auch seine politische Zukunft in Gefahr. Sehr viel schwerer aber wiegt in diesem Zusammenhang, dass die französische Reform-Aversion mit dem undiplomatischen Vorgehen des Premierministers neue Nahrung erhalten hat.

Wie tief das Misstrauen gegenüber jedweder Flexibilisierung sitzt, demonstriert die bizarre Solidarität zwischen der zornigen Jugend und dem um seine dicken Sicherheitspolster besorgten öffentlichen Dienst. Letzterer tritt nämlich an, jene komfortablen Privilegien wie unkündbare Arbeitsverträge, frühe Rente und 35-Stunden-Woche zu verteidigen, die nicht zuletzt die 'précarité' der jungen Generation von heute verschuldet haben.